

HORST SCHÜTZLER

Der Anschluß der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland an die Sowjetunion 1940 und seine Folgen

Unser Blick richtet sich hier auf den »ersten sozialistischen« Staat, der ohne Geheimdiplomatie nach den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung und der Achtung der Souveränität anderer Staaten und Völker für Frieden und Verständigung in der internationalen Arena wirken wollte.

Ausgehend von der Gesamthematik habe ich den Begriff »Anschluß« gewählt – bestärkt durch die generellen Überlegungen Jörg Roeslers.¹ Doch er findet sich in der Literatur in bezug auf die Ereignisse, die ich umreißen will, selten. Vielmehr ist von »Eintritt« und »Beitritt«, von »Angliederung« und »Eingliederung«, von »Wiedererrichtung« der Sowjetmacht und »Wiedervereinigung«, von »Einverleibung«, »Okkupation« und »Annexion« zu lesen, und damit sind bestimmte »Anschluß«-Sichten verbunden.

Horst Schützler – Jg. 1935,
Prof. Dr. sc., Historiker,
Berlin.

Vortrag auf dem wissenschaftlichen Kolloquium der Leibniz-Sozietät im April 1998:
»Der Anschluß in der Geschichte«.

1 Siehe Jörg Roesler:
Der Anschluß als historisches Ereignis in der Weltgeschichte: Praktiken. Probleme. Folgen, in: UTOPIE kreativ, H. 95, S. 51ff.

2 Geschichte der UdSSR.
Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Günter Rosenfeld, Berlin 1976 S. 383

3 Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940. Herausgegeben, eingeleitet und übersetzt von Michael Rosenbusch, Horst Schützler und

Im DDR-Hochschullehrbuch »Geschichte der UdSSR« aus dem Jahre 1976, verfaßt von einem deutsch-sowjetischen Autorenkollektiv, war zu lesen: »Ein bedeutsames Ereignis war die Wiedererrichtung der Sowjetmacht in den baltischen Ländern...im Sommer 1940...Der Druck der Volksmassen sowie die gesamte internationale Situation zwangen... die Regierungen dieser Staaten, im Herbst 1939 mit der UdSSR Freundschafts- und Beistandsverträge abzuschließen und der Stationierung von sowjetischen Truppen in ihren Staaten zuzustimmen. ...im Frühjahr 1940 (entstand) in den baltischen Staaten eine revolutionäre Situation. Sie führte im Juni 1940 in Estland, Lettland und Litauen zum Sieg sozialistischer Revolutionen und am 21. Juli zur Proklamierung der Sowjetmacht in diesen Staaten. Anfang August 1940 wurden Estland, Lettland und Litauen als selbständige Sowjetrepubliken in die UdSSR aufgenommen.«² Diese – bis auf die Fakten – weitgehend unzutreffende, den entscheidenden Akteur Sowjetunion kaum erfassende Lehrbuchsischt wurde mehr oder minder bis Ende der achtziger Jahre gelehrt – mehr in Vorlesungen, minder in Seminaren, wo oft der »äußere Faktor« in den Vorgängen im Vordergrund stand und eine Revolution – gar sozialistischen Charakters – bezweifelt wurde. Zudem gab es eine generelle Diskussion zum Charakter der »revolutionären« Vorgänge als sozialistische oder volksdemokratische Revolution. Wie auch immer – mit den Umbrüchen in der Sowjetunion und neuen Dokumenten änderte sich die Sicht grundlegend, wie das der Band »Schauplatz Baltikum 1939/1940. Szenarium einer Okkupation und Angliederung« aus dem Jahre 1991 belegt, auf dem ich als damaliger Mitherausgeber weitgehend fuße.³

Das Szenarium des Anschlusses – zwei Etappen – vier Akte

1. Akt: In der komplizierten internationalen Situation kurz vor und nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurden durch die »Geheimen Zusatzprotokolle« zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 und zum deutsch-sowjetischen »Grenz- und Freundschaftsvertrag« vom 28. September des gleichen Jahres Estland, Lettland, Litauen sowie Finnland nach »streng vertraulicher Aussprache« einer sowjetischen »Interessensphäre« zugeordnet.⁴ Diese Staaten waren nach langjähriger Zugehörigkeit ihrer Territorien und deren Bevölkerung zu Rußland in Revolution und Bürgerkrieg mit wechselnden Machtverhältnissen 1917 bis 1920 als unabhängige bürgerliche Nationalstaaten entstanden, in denen Kräfte mit antisowjetischen und antikommunistischen Grundhaltungen den Ton angaben.⁵

Für den Kreml bestand die Problematik des Baltikums darin, daß hier im Nordwesten Staaten existierten, die im Falle kriegerischer Auseinandersetzungen zum Einfallstor in die UdSSR werden und sich an diesem Einfall beteiligen konnten. Für die baltischen Staaten und ihre Völker bestand das Problem, in einen Zusammenstoß zwischen Deutschland und der Sowjetunion verwickelt zu werden und dabei die nationale Unabhängigkeit zu verlieren.

Nach der Niederlage und Besetzung Polens ging Stalin sogleich an die »Lösung des Problems der baltischen Staaten.« Dabei erwartete er, wie er Hitler wissen ließ, »einwandfreie Unterstützung durch die Deutsche Regierung.«⁶ Das geschah vor allem durch eine Haltung des Gewährenlassens und des Abblockens von Unterstützungsgesuchen aus den baltischen Staaten. Die »Lösung« erfolgte in zwei Etappen.

In der ersten Etappe wurden Ende September/Anfang Oktober 1939 »unter schwerstem Druck drohender Vergewaltigung«⁷, wie der estnische Außenminister Selter sich ausdrückte, Estland (28.9.), Lettland (4.10.) und Litauen (10.10.) »Beistandsverträge« aufgezwungen. Damit war die Überlassung von Militär-, Luft- und Marinestützpunkten und die Stationierung von 25.000 bzw. 20.000 Mann sowjetischer Truppen verbunden. Litauen erhielt als »Freundschaftsgabe« seine historische Hauptstadt Wilna (Vilnius) mit dem dazugehörigen Gebiet zurück. Diesen Landesteil hatte sich Polen Ende 1920 angeeignet, und er war im September 1939 von der Roten Armee »kassiert« worden.

Die faktische Fesselung der Souveränität und Bindung dieser Staaten an die Sowjetunion genügte fürs erste.

Außenminister Molotow wies deshalb diejenigen seiner Diplomaten energisch in die Schranken, die »der Wind in Richtung auf eine Sowjetisierung« vorangetrieben hatte.⁸ Und Stalin war über das schnelle »Heim-ins-Reich-Holen« von etwa 60.000 Balten-deutschen aus Estland und Lettland sehr verärgert, da diese »panikartige Abwanderung« als »Flucht« vor einer Sowjetisierung gewertet werden mußte.⁹

Es sollte erst noch das widerspenstige Finnland gezähmt werden, das sich sowjetischen Forderungen nach Stützpunkten und Gebietsaustausch widersetzte. Das gelang nur mit unerwartet großen Schwierigkeiten und Verlusten im sowjetisch-finnischen Winter-

Sonja Striegnitz, Berlin 1991.

4 Siehe ebenda, S. 39 und 61 f.

5 Siehe Georg von Rauch: Geschichte der baltischen Staaten, München, 3. Auflage 1990.

6 Schauplatz Baltikum, S. 53.

7 Ebenda, S. 55.

8 Siehe ebenda, S. 110 f.

9 Siehe ebenda, S. 99.

krieg 1939/1940 unter Verurteilung durch den Völkerbund als »Aggressor«. Die Installation einer »Provisorischen Volksregierung einer Finnländischen Demokratischen Republik« scheiterte dabei. Eine Sowjetisierung und ein Anschluß Finnlands an die UdSSR unterblieben. Aus den erhaltenen und vorhandenen Gebieten wurde eine Karelo-Finnische Sozialistische Sowjetrepublik gebildet. Das Vorgehen der sowjetischen Führung gegenüber Finnland war eine unübersehbare Warnung, was andere Staaten erwartete, die sich sowjetischen Forderungen zu widersetzen wagten. Es ließ aber auch Hoffnungen auf Bewahrung der staatlichen Existenz zu. Sie waren vergebens.

2. Akt: Die zweite Etappe der »Lösung des Problems der baltischen Staaten« begann, als das faschistische Deutschland mit seinem schnellen Sieg im »Westfeldzug« im Mai/Juni 1940, wozu Stalin gratulierte, großen Machtzuwachs gewonnen und neuen Handlungsspielraum im Osten hatte. Stalin und seinen Getreuen erschien es nun ratsam und notwendig, klare Verhältnisse in der eigenen »Interessensphäre« zu schaffen.

10 Ebenda, S. 131.

Am 14. und 16. Juni wurden den Regierungen Litauens, Lettlands und Estlands unter fadenscheinigen Vorwänden auf wenige Stunden befristete Ultimaten mit den Forderungen präsentiert, eine »prosovetische Regierung«¹⁰ – so Molotow – zu bilden und die Stationierung weiterer sowjetischer Truppen, deren Zahl und Standorte nicht festgelegt wurden, zu akzeptieren, d.h. faktisch die Besetzung des Landes, seine Okkupation, hinzunehmen. Damit war der Todesstoß angesetzt. Stalin schickte seine Erfüllungsgehilfen Shdanow, Wyschinski, und Dekanosow als Dirigenten nach Estland, Lettland und Litauen. Panzer- und Truppeneinheiten der Roten Armee rückten, ohne auf Widerstand zu stoßen, in diese Länder ein. Inszenierte und spontane Kundgebungen und Demonstrationen von Bürgern, die ihre Unzufriedenheit mit den Zuständen in den drei autoritär geführten Staaten zum Ausdruck brachten, machten weiteren Druck. Doch »Elemente des Oktobers«, d.h. revolutionäre Aktionen wie zur Zeit der Oktoberrevolution 1917, waren Moskau unerwünscht.¹¹

11 Siehe ebenda, S. 196 ff..

Angesichts der Ausweglosigkeit der Lage – Unterstützung von anderen Staaten war nicht zu erwarten – kapitulierten die Herrschenden. Die Präsidenten der drei Staaten beriefen am 17. bzw. 20./21. Juni »Volksregierungen« mit »eindeutig prosovetischen Figuren«¹² an der Spitze, wie Molotow gefordert hatte. In Estland akzeptierte Staatspräsident Päts am 21. Juni »ohne Einwände« den von Shdanow offerierten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. »Unsere Visite war in nicht mehr als acht Minuten zu Ende. Den Rest des Tages widmeten wir der endgültigen Formierung der estnischen Regierung«¹³, berichtete der sowjetische Gesandte nach Moskau. Die kleinen, verfolgten Kommunistischen Parteien – in Litauen ca. 2000, in Lettland etwa 1000 und in Estland ca. 150 Mitglieder –, andere gesellschaftliche Organisationen und Personen, die ihre Stütze in der Sowjetunion und ihren Emisären fanden, traten hervor und wurden aktiv. Verbote, Entlassungen, Verfolgungen setzten ein. Eine Emigration begann.

12 Ebenda, S. 140.

13 Ebenda, S. 197.

3. Akt: Am 14./15. Juli wurden synchron Wahlen zu den Parla-

menten der drei Staaten, die eine Bevölkerung von etwa 5,8 Millionen Menschen hatten, in organisierter Feiertagsstimmung durchgezogen.

Sie wurden unter weitgehender Ausschaltung »bürgerlicher« Parteien und Kandidaten durchgeführt. Zur Sowjetzeit las sich dies von einem estnischen Historiker in bezug auf Estland so: »Am 9. Juli faßte die Volksregierung folgenden Beschluß: Um einen Mißbrauch der Wahlen ... zu Zwecken, die der Republik Estland und dem estnischen Volk Schaden zufügen, zu verhindern, haben die Kandidaten spätestens bis zum 10. Juli 1940, 14.00 Uhr dem entsprechenden Wahlkreiskomitee ihre politische Plattform vorzulegen«. Einige der bürgerlichen Funktionäre zogen daraufhin ihre Kandidaturen zurück. Andere wiederum versuchten, die Komitees mit trügerischen Plattformen zu täuschen, indem sie versprachen, die Interessen des Volkes auf jede nur erdenkliche Weise zu wahren. Die aus Vertretern der Werktätigen zusammengesetzten Wahlkreiskomitees annullierten jedoch die Listen der bürgerlichen Kandidaten. Somit wurde den bürgerlichen Dunkelmännern die Möglichkeit entzogen, bei den Wahlen zu kandidieren.«¹⁴ In dem offiziellen Standardwerk sowjetischer Geschichtsschreibung zum Baltikum in dieser Zeit »Die sozialistische Revolution des Jahres 1940 in Litauen, Lettland und Estland« war von der Zerschlagung und dem Verbot der mit den früheren Regimes verbundenen Parteien und Organisationen, von Säuberungen im Staatsapparat, vom geschlossenen Wahlgang ganzer Betriebsbelegschaften sowie von einer solchen Filterung der Kandidatenlisten zu lesen, daß nur die des »Blocks des werktätigen Volkes« übrig blieben. Insgesamt gesehen, hätten die Angehörigen der Ausbeuterklassen nicht das aktive und passive Wahlrecht verloren, aber diese Klassen die reale Möglichkeit eingeübt, die Wahl ihrer Vertreter in die Parlamente zu sichern.¹⁵

Unter den Bedingungen einer fehlenden Wahlalternative, des politischen Drucks und der Einschüchterung, aber auch der Möglichkeit, Kandidaten, die für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und ein neues Verhältnis zur Sowjetunion eintraten, die Stimme geben zu können, brachten die Wahlen dem von den Kommunisten geführten »Block bzw. Bündnis des werktätigen Volkes« den so organisierten »hohen Wahlerfolg« mit 92 bis 99 Prozent der bei hoher Wahlbeteiligung abgegebenen Stimmen.¹⁶

In der Wahlplattform hatten der Block bzw. das Bündnis des werktätigen Volkes gesellschaftliche Umgestaltungen und die Freundschaft zur Sowjetunion gefordert, aber nicht die Errichtung der Sowjetmacht und den Beitritt zur UdSSR.

4. Akt: Am 21. Juli traten die drei Parlamente zusammen. Nun wurden am Vorabend auf Kundgebungen lancierte Forderungen nach Errichtung der Sowjetrepublik und deren Beitritt zur UdSSR als »Volkswille« aufgenommen, die Errichtung der Sowjetmacht feierlich proklamiert und der Eintritt in die UdSSR als »Volkswunsch« beschlossen. Der Oberste Sowjet der UdSSR entsprach auf seiner Tagung Anfang August 1940 diesem Wunsch und nahm die drei Staaten als sozialistische Sowjetrepubliken in den Bestand der UdSSR auf. Der Anschluß war vollzogen!

14 Olaf Kuuli: Die Revolution von 1940 in Estland, Tallinn 1979, S. 31.

15 Siehe Socialisticeskie revoljucii 1940 g. v Litve, Latvii i Estonii. Vostavovlenie Sovetskoj vlasti, Moskau 1978, S. 324 ff.

16 In Litauen nahmen 95,9 Prozent, in Lettland 94,8 Prozent, in Estland 84,1 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung teil. Von diesen stimmten für den »Block des werktätigen Volkes« in Lettland 97,8 Prozent und für das »Bündnis des werktätigen Volkes« in Litauen 99,19 Prozent und in Estland 92,8 Prozent. Siehe Socialisticeskie revoljucii, S. 342.

Urteil: Was sich hier in einem Jahr ereignet hatte, war, wie ich das 1989/1990 unter großer persönlicher Erschütterung aus den Dokumenten entnehmen mußte, gröbste, völkerrechtswidrige Einmischung; Nötigung und Erpressung von Regierungen; der Einmarsch fremder Militäreinheiten und die Besetzung von Ländern durch Truppen, die niemand gerufen hatte; der Umbau von Regierungen durch Beauftragte einer fremden Macht; die Durchführung manipulierter, undemokratischer Wahlen; die unrechtmäßige Eingliederung von unabhängigen Staaten in die UdSSR durch »Volksvertretungen«, die dazu kein Mandat hatten. Es war stalinistische imperiale Politik gegenüber kleinen Staaten und Völkern, die damals keine Alternative hatten und sich »friedlich« beugen mußten.

Folgen und Probleme

Die Mehrzahl der damaligen Staaten der Welt erkannte die Eingliederung der drei baltischen Staaten in die UdSSR nicht an. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg verweigerten die Westmächte der Sowjetunion die De-jure-Anerkennung dieses Anschlusses; doch im praktischen Verhalten lief vieles auf eine De-facto-Anerkennung hinaus. Georg von Rauch kam in Übereinstimmung mit Boris Meissner – beide hervorragende Kenner der Szene – zu der Feststellung, daß der internationale Rechtsstandpunkt nicht anders definiert werden kann, »als daß die baltischen Staaten im Rechtssinne als fortbestehend und nur als zeitweilig besetzt anzusehen sind.« 1939/40 sei das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker eindeutig verletzt worden.

Auch eine Berufung der Sowjetunion auf das Recht der Selbsterhaltung und damit auf das Notstandsrecht angesichts deutscher Bedrohung sei unbegründet. Die Sicherheit der UdSSR sei durch die Beistandsverträge und die gewonnenen Stützpunkte verbürgt gewesen. Und wenn man die Rechtfertigung gelten ließe, wäre die Sowjetunion nach dem Ende des siegreichen Krieges verpflichtet gewesen, den ursprünglichen Zustand der baltischen Selbständigkeit wiederherzustellen.¹⁷

Für die Bevölkerung der drei baltischen – nun – Sowjetrepubliken hatten solche Rechtsstandpunkte ein halbes Jahrhundert lang kaum praktische Bedeutung. Zunächst war sie in die beginnende »sozialistische Umgestaltung« involviert, die für Zehntausende »Ausbeuter« und Widerstandsverdächtige den Ausschluß aus der Gesellschaft brachte. Der deutsche »Berfall auf die Sowjetunion führte zur schnellen Besetzung der baltischen Republiken, was auch durch einen Nichtanschluß nicht zu umgehen gewesen wäre. Erwartungen auf die Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit zerrannen mit der faschistischen Besatzungspolitik. Sie brachte vier Fünfteln der baltischen Juden – ca. 200.000 – den Tod und erregte beachtlichen Widerstand. Jedoch zogen es einige Hunderttausend Litauer, Letten und Esten vor, mit den deutschen Besatzern die Heimat zu verlassen, als sich der zurückkehrenden Sowjetmacht unterzuordnen. Diese setzte ihre Umgestaltungen fort. Sie brach dabei den zunächst beträchtlichen – auch bewaffneten – Widerstand brutal und blutig mit Militäreinsätzen und mit der Deportation bestimmter Bevölkerungsgruppen – Bauern, Angehörigen

17 Siehe Georg von Rauch, S. 220.

der Intelligenz – in die Ostgebiete der Union. Rigoros erfolgte die Kollektivierung der Landwirtschaft und eine Industrialisierung sowie eine kulturelle Umgestaltung mit der Durchsetzung der »marxistisch-leninistischen« Ideologie. Damit war der übermäßige Zuzug vor allem von Russen verbunden. Den baltischen Republiken wurde somit das in der Sowjetunion herrschende »sozialistische« Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in seiner stalinistischen Ausprägung aufgezwungen – »übergestülpt«, um einen zeitgemäßen Ausdruck zu gebrauchen. Das brachte der Bevölkerung der drei Republiken den höchsten Lebensstandard in der UdSSR und die Herausbildung einer leistungsstarken Schicht der nationalen Intelligenz mit beträchtlichen Führungs- und anteiligen Herrschaftsfunktionen in Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, was heute zumeist mit dem stereotypen Blick auf »Fremdherrschaft, Sowjetkolonialismus und Unterdrückung« übersehen oder bestritten wird. Doch wer anders als diese Schicht bestimmt heute in diesen Republiken? Zugleich ergaben sich schwerwiegende ökologische und demographische Folgen sowie geistig-moralische Defizite und nationale Spannungen im Zuge einer Russifizierungspolitik Moskaus. Der Perestrojka-Versuch sensibilisierte und politisierte das Nationalgefühl der baltischen Völker ungemein. 1990/91 stellten Litauen, Lettland und Estland beim Zusammenbruch der UdSSR ihre nationale staatliche Unabhängigkeit wieder her. Sie legitimierten dies mit der Verurteilung der Gewaltakte der UdSSR im Sommer 1940 als völkerrechtswidrig, Unrecht und ungültig. Das war ein Befreiungsschlag, für den ich Verständnis habe. Problematisch erscheint mir, wenn aus den Begriffen Okkupation und Annexion – mehr als aus der Wirklichkeit selbst – eine 50 Jahre währende Besetzung, Fremdherrschaft, nationale Unterdrückung und Kollaboration hergeleitet wird. Das geschieht in nationalsozialistischer, antisowjetischer und antikommunistischer Euphorie in bezug auf dieses spezielle Thema, scheint aber ein genereller Zug in der »Anschluß«-Thematik insgesamt zu sein. Jörg Roesler hat in seiner Einleitung Wege gewiesen, wie der konkreten Wirklichkeit des »Anschlusses« interdisziplinär und im Vergleich differenziert nachzuforschen ist.

Ob das aber einer »zweiten Wissenschaftskultur« mit zumeist »Abgewickelten« und »Berenteten«, zu denen wohl die meisten Teilnehmer dieses Kolloquiums gehören, gelingen kann, ist wiederum eine Frage und Problematik eines ganz bestimmten »Anschlusses«, dem wir alle unterliegen.